

**Ein Auszug aus dem Leitantrag des BSW Thüringen
Beschlossen auf dem Landesparteitag des BSW am 27.09.2025 in Bleicherode**

Abschnitt:

Thüringen als Friedensland. Verantwortung statt Aufrüstung.

Thüringen wird mit uns friedens-, statt kriegstüchtig. Wir erheben unsere starke Stimme für eine gerechte, jenseits von Blockinteressen zu errichtende, gemeinsame europäische Friedensordnung. Unser Ziel ist ein gemeinsames europäisches Haus.

In einer Zeit wachsender internationaler Spannungen, geopolitischer Machtverschiebungen und zunehmender globaler Aufrüstung wird die Frage nach Frieden und Sicherheit immer drängender. Während weltweit in Rüstung investiert wird, braucht es regionale Antworten, die dem Entgegenwirken – konkrete Maßnahmen, die das friedliche Zusammenleben fördern und eine klare Haltung gegen jede weitere Militarisierung und Eskalation einnehmen.

Wir lehnen die Lieferung von Waffen ab, insbesondere in Kriegs- und Krisengebiete oder in Länder, die Kriegsverbrechen begehen. Wir unterstützen stattdessen diplomatische Initiativen zur Beilegung kriegsgerichteter Konflikte.

Thüringen wird eine aktive Rolle bei der Gestaltung einer friedensorientierten Politik spielen. Gerade unser Bundesland steht in der historischen Verantwortung, aus der dunklen Vergangenheit zu lernen und dem Frieden eine Stimme zu geben – auch im Angesicht globaler Bedrohungen.

Militärische Mittel zur Konfliktlösung und eine Politik, die Kriegsvorbereitung als Normalität darstellt, lehnen wir als BSW Thüringen grundsätzlich ab. Durch eine demokratisch zweifelhafte Entscheidung – Änderung des Grundgesetzes durch ein abgewähltes Parlament – wird die unbegrenzte Kreditaufnahme für Hochrüstung möglich. Dieser Weg ist auch ökonomisch verantwortungslos. Den zukünftigen Zinsausgaben steht keine gestärkte Volkswirtschaft gegenüber. Investitionen in Panzer erhöhen nicht das Produktionspotenzial, sondern sorgen allenfalls für ein kurzfristiges konjunkturelles Strohfeuer. Die nötige Transformation der Wirtschaft ins postfossile Zeitalter wird massiv erschwert. Weiterhin schränken sie unseren Wohlstand ein und gefährden unsere Daseinsvorsorge. Wir benötigen dringend mehr finanzielle Mittel für Investitionen in Armutsbekämpfung, für Umweltschutz und gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, von denen in allen Ländern Menschen mit geringem Einkommen überdurchschnittlich betroffen sind.

Deshalb werden wir uns in Regierungsverantwortung für folgende Maßnahmen nachdrücklich einsetzen:

- Keine Bundeswehrwerbung an Schulen und Bildungseinrichtungen – Der Zugang der Bundeswehr zu Kindern und Jugendlichen zur Nachwuchsgewinnung in Kinder und Jugendeinrichtungen muss unterbunden werden.
- Ein landesweites Informations- und Aufklärungsprogramm zu Friedenspolitik und ziviler Konfliktlösung, das in Schulen und öffentlichen Einrichtungen verankert wird.
- Eine Unterstützung der Friedensbewegung in Thüringen.
- Keine weitere Unterstützung von Rüstungsforschung an Thüringer Hochschulen.

- Einrichtung eines „Thüringer Friedensbildungsinstituts“ an einer Thüringer Universität.
- Stärkung internationaler Jugendbegegnungen, insbesondere mit Partnerregionen in Osteuropa, dem Globalen Süden und kriegsbetroffenen Gebieten.
- Einen Thüringer Rüstungsatlas, der offenlegt, welche Firmen mit militärischer Produktion und militärischen Dienstleistungen tätig sind.
- Ein landesweites Programm zur Konversion, das Unternehmen beim Ausstieg aus der Rüstungswirtschaft unterstützt und in friedliche, zukunftsfähige Wirtschaftsfelder überführt. Keine Förderung für die Ansiedlung bzw. Erweiterung von Unternehmen der Rüstungsindustrie in Thüringen.
- Förderung und Stärkung von Friedens- und Freiwilligendiensten, z.B. über den Ausbau von Programmen wie dem Internationalen Jugendfreiwilligendienst.
- Unterstützung für kommunale Konfliktmediation, demokratische Teilhabe und Gewaltprävention, insbesondere in strukturschwachen Regionen, um die zunehmende Polarisierung in unserer Gesellschaft abzubauen und den inneren Frieden zu fördern.
- Keine Beteiligung Thüringens an Übungen und Maßnahmen, die auf eine Eskalation mit Russland oder anderen Staaten hinauslaufen, wie z.B. NATO-Großmanöver auf deutschem Boden.
- Einrichtung eines „Thüringer Bürgerrates für Frieden und globale Gerechtigkeit“, indem Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik regelmäßig Fragen der internationalen Friedenspolitik diskutieren.
- Das Thema Frieden als einen wesentlichen Bestandteil der Thüringer Kulturpolitik einbinden und somit den gesamtgesellschaftlichen Diskurs anregen.
- Dass der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk (ÖRR) seinem verfassungsmäßigen Auftrag der umfassenden und ausgewogenen Information und Berichterstattung nachkommt.

Statt unser Land „kriegstüchtig“ zu machen mit einer Militarisierung bis in die Schulen hinein, braucht es eine Rückbesinnung auf die friedliche Beilegung von Konflikten und Kriegen. In der Landesregierung und im Parlament, stemmen wir uns entschieden gegen Aufrüstungs- und Kriegslogik.

Der Parteivorstand, die AG Frieden und die Gruppen des BSW in Thüringen arbeiten aktiv mit den Gruppen der Friedensbewegung zusammen und unterstützen diese gegebenenfalls bei ihren Aktionen.